



KÄMPFEN FÜR UNSERE ZUKUNFT

28. IUL-KONGRESS
Genf, 13.-16. Juni 2023

Vom 28. Kongress angenommene Entschlüsse

Zusammengesetzte Entschlüsse A: Zusammengesetzte Entschlüsse A: Die Klimakrise und die Antwort der Gewerkschaften

Zusammengesetzte Entschlüsse B: Menopause, ein Arbeitsplatz- und Gewerkschaftsproblem

- 01 Wiederherstellung der Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte in Myanmar
- 02 Frauenrechte in Afghanistan
- 03 LGBTI-Arbeitnehmer:innen und Verbündete
- 04 Die Zukunft der IUL – ein Mandat für einen Entwicklungsprozess 2023-2027
- 05 Junge Arbeitnehmer:innen
- 06 Stärkung der HRCT-Arbeit in Afrika
- 07 Arbeitsmigranten und die Verletzlichkeit von Opfern des Menschenhandels über das Mittelmeer
- 08 Die Beseitigung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft
- 09 Verhinderung und Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung in der Landwirtschaft
- 10 Die Abteilung Tabakarbeiter:innen (*Entschlüsse zurückgezogen*)
- 11 Kanadas Verstoß gegen das Übereinkommen (Nr. 98) der Internationalen Arbeitsorganisation über „das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949“
- 12 Aufforderung an Fyffes, die Arbeitnehmerrechte einzuhalten
- 13 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die internationale Gewerkschaftssolidarität in dem Kampf um Frieden
- 14 Zur Unterstützung demokratischer Gewerkschaften in Osteuropa und Zentralasien
- 15 Aviäre Influenza („Vogelgrippe“)
- 16 Erringung von Gewerkschaftsrechten und eine nachhaltige globale Fisch- und Meeresfrüchteindustrie
- 17 Gesundheit und Sicherheit für Frauen und über die Beseitigung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt
- 18 Belarus
- 19 Beendigung der Plastikverschmutzung
- 20 Mitsprache, Sichtbarkeit, Validierung weiblicher Arbeitnehmer erreichen

2 / Vom 28. IUL-Kongress angenommene Entschlüsse und angenommene Dringlichkeitsentschlüsse

- 21 Sofortige Freilassung von Lee Cheuk-yan frei!
- 22 Gleichstellung der Geschlechter und Beschäftigung von Frauen in den IUL-Sektoren
- 23 Frieden und nukleare Abrüstung
- 24 Für die Zukunft der indigenen und First-Nation-Völker kämpfen
- 25 Stärkung der internationalen Solidarität der Gewerkschaften zur Eindämmung des globalen Rechtspopulismus und -militarismus

DE 01: Gegen faschistischen Angriff auf die XVI. Regionalkonferenz der REL-UITA

DE 02: Algerien

DE 03: Angriff auf unabhängige Gewerkschaften in Kirgistan

DE 04: Dominikanische Republik

Zusammengesetzte Entschlüsse A: Die Klimakrise und die Antwort der Gewerkschaften

Lebende Generationen von Weltbürgern sind Zeugen wesentlicher Veränderungen der Wettermuster, die zunehmende Auswirkungen auf die Völker aller Regionen haben. Die Wetterveränderungen sind die Folge eines sich rasch verändernden Klimas, verursacht durch übermäßige Treibhausgas (THG)-Emissionen, die die Atmosphäre erwärmen und starke und häufigere Überschwemmungen, Stürme, Dürren und Waldbrände neben steigenden Meeresspiegeln verursachen.

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) sammelt und erfasst regelmäßig Daten der Klimaforscher in aller Welt über das Niveau der THG-Emissionen, ihre Auswirkungen auf die globalen Temperaturen und globale Szenarien für das künftige Klima je nachdem, wie schnell die Emissionen reduziert werden können. Der wissenschaftliche Konsens besagt, dass wir die THG-Emissionen rasch reduzieren müssen, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Zwar sind alle Regionen betroffen, besonders am Beispiel der Karibik und Afrikas kann aber gezeigt werden, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen wir stehen.

Unter Hinweis darauf, dass in den meisten Karibikstaaten sich die Ballungszentren in den Küstengebieten befinden und die Hauptwirtschaftstätigkeiten auf der Landwirtschaft und dem Tourismus basieren, die einen Großteil der Bevölkerung beschäftigen und Nahrung und Einkommen liefern.

In Anerkennung dessen, dass häufigere und stärkere Orkane, Dürren, Überschwemmungen mit damit verbundener Binnenerosion, Küstenerosion infolge des steigenden Meeresspiegels, Schädigung und Ausbleichen der Korallenriffe, Algensterben (hauptsächlich Sargassum) und die dadurch verursachte Küsten- und Strandverschmutzung, Missernten, verringerte Ernährungssicherheit und Biodiversitätsverlust nach den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Gemeinschaft auf die sich ändernden Witterungsbedingungen, verursacht durch Klimaerwärmung, zurückzuführen sind.

In Afrika sind die unmittelbaren Folgen des Klimawandels längere und schwerere Dürren, Auszehrung der Böden, abnehmende Wasservorräte, sinkende Ernteerträge, kürzere vegetative Zyklen und frühe Blüte, höhere Preise und Biodiversitätsverlust.

Regierungen und Konzerne ergreifen nicht die erforderlichen Maßnahmen, um die Klimaveränderungen zu stoppen und umzukehren, die irreversibel werden können, wenn weiterhin nichts dagegen unternommen wird.

Ein auf fossilen Energieträgern beruhendes Wirtschaftswachstum und die Konzerngewinne haben immer noch Vorrang vor sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechten, Klimastabilität und Klimagerechtigkeit.

Die Erwerbstätigen überall in der Welt sind am meisten von den Klimaveränderungen betroffen, einschließlich derjenigen, die in der Landwirtschaft, in der Lebensmittel- und Getränkeverarbeitung und im Tourismus tätig sind.

Dieser 28. Kongress erkennt an, dass die Chance besteht, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, sauberere Technologien, Industrien und Arbeitsplätze zu unterstützen und die Klimarisiken und die Verringerung der Emissionen in die nationalen Politiken und Praktiken zu integrieren.

Der 28. IUL-Kongress:

- Ruft daher die Regierungen dazu auf, ihre Politikeinstellungen grundlegend zu ändern und der Verringerung der THG-Emissionen Vorrang einzuräumen, um das vom Pariser Klimaabkommen 2015 gesetzte Ziel einer Erhöhung der globalen Temperatur um höchstens 1,5 Grad zu erreichen.
- Ruft die Unternehmen dazu auf, den Emissionshandel und das Net-Zero-Ziel zugunsten einer schnellen und drastischen Verringerung der THG-Emissionen in ihren eigenen Betrieben und Lieferketten aufzugeben.
- Ruft die UN-Institutionen und die internationalen Finanzinstitute und die nationalen, regionalen und lokalen Regierungen dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften einen Gerechten Übergang zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft zu vollziehen, der der Klimastabilität, der Biodiversität, dem Sozialschutz, der Achtung der Menschenrechte und der Gleichstellung Vorrang einräumt als Mittel, um menschenwürdige Arbeit, Klimagerechtigkeit und den Schutz demokratischer Rechte sicherzustellen.
- Spricht sich für eine Anpassungsstrategie in jedem Land aus, die die Folgen des Klimawandels angeht, insbesondere in der Landwirtschaft, und gleichzeitig Maßnahmen zur Verringerung der THG-Emissionen fordert.
- Spricht sich für den Einsatz von erneuerbaren und sauberen Energien in Unternehmen mit IUL-Mitgliedschaft aus, um so die Emission von Treibhausgasen (THG) zu verringern.
- Ruft zur umfassenden Anwendung von agroökologischen Praktiken auf, um den Beitrag der Landwirtschaft zu den THG-Emissionen zu verringern.
- Fordert die Mitgliedsverbände dazu auf, für Gewerkschaftsführer und -mitglieder Aufklärungsprogramme zu den Ursachen und Folgen der Klimakrise und den Maßnahmen, die erforderlich sind, um Klimagerechtigkeit zu erreichen, zu entwickeln und umzusetzen.
- Fordert die Mitgliedsverbände dazu auf, Strategien und Zielvorgaben zur Reduzierung der Emissionen bei Kollektivverhandlungen auf den Tisch zu legen und mit den Arbeitgebern Gespräche zu führen und Vereinbarungen zu treffen, um die Verringerung der Emissionen, die Festlegung von Zielen und die Entwicklung neuer Qualifikationen und Arbeitsplätze für den notwendigen Übergang der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu steuern, zu überwachen und zu bewerten.
- Verspricht, den gerechten Übergang und die Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt der Arbeiten der IUL im Zusammenhang mit der Klimakrise zu stellen.

Zusammengesetzte Entschlüsse B: Menopause, ein Arbeitsplatz- und Gewerkschaftsproblem

Die Menopause ist ein natürlicher Prozess, von dem jede Frau betroffen ist, normalerweise im Alter zwischen 45 und 55 Jahren, bei manchen Frauen kann die Menopause aber auch früher einsetzen. Obgleich die Erfahrungen unterschiedlich und individuell sind, stellen sich bei sieben von zehn Frauen Probleme im Zusammenhang mit der Menopause ein, wie Schweißausbrüche, Hitzewallungen, Stimmungsschwankungen, Schlafstörungen und Gehirnnebel. Manchmal können diese Symptome falsch diagnostiziert werden, was die Probleme von Frauen am Arbeitsplatz verschärft.

Frauen erleben die Menopause oft in der Mitte ihrer Karriere, wenn sie sich neuen beruflichen Herausforderungen stellen und mehr Verantwortung am Arbeitsplatz übernehmen, oft zusätzlich zu ihren Betreuungsaufgaben zu Hause.

Wissen und Bereitschaft am Arbeitsplatz, im Berufsleben und in der Gesundheitsfürsorge sind wichtig für Frauen, damit sie ihr Potenzial ausschöpfen und bis zu ihrer Pensionierung möglichst unbeschwert arbeiten können. Die Bedeutung dieser Frage sollte aus der Perspektive der Geschlechtergleichstellung wie auch aus einer sozioökonomischen Perspektive gesehen werden. Wenn krankheitsbedingte Fehlzeiten reduziert werden sollen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Personalabteilungen und Vorgesetzte über die Menopause Bescheid wissen und dass Gesundheitsdienstleister die richtigen Fragen und die richtigen Diagnosen stellen.

Die IUL-Mitgliedsverbände können mithelfen, das Bewusstsein für die Menopause zu steigern in der gleichen Weise, wie sie sich bemühen, das Bewusstsein für die Menstruation als Gewerkschaftsfrage zu steigern.

Die IUL-Mitgliedsverbände können die Arbeitsplatzbedingungen für Frauen in der Menopause beeinflussen und Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben, um die klimakterische Kompetenz im Gesundheitssektor zu stärken. Auch Trans-Beschäftigte benötigen eine Kultur, die das Vertrauen darauf fördert, dass Probleme verständnisvoll behandelt werden.

Es wird anerkannt, dass Frauen in einem prekären Arbeitsverhältnis am meisten dem Risiko jeder Art von Diskriminierung, einschließlich Diskriminierung und Benachteiligung am Arbeitsplatz, ausgesetzt sind, wozu es kommen kann, wenn eine Frau klimakterische Beschwerden aufweist. Betriebliche Maßnahmen dürfen Frauen in unsicheren Arbeitsverhältnissen nicht diskriminieren.

Die Arbeitgeber sollten in Diskussionen mit den Gewerkschaften eine betriebliche, in die Wellness-, Gesundheits- und Sicherheitsrahmenbedingungen zu integrierende Menopause-Politik annehmen, mit der Verpflichtung:

- Informationen und Unterstützung für alle Arbeitnehmerinnen bereitzustellen, die in der Menopause sind und klimakterische Beschwerden aufweisen
- Die Stigmatisierung und Tabuisierung der Menopause zu beseitigen
- Risikobewertungen durchzuführen, die individuellen Bedürfnissen Rechnung tragen
- Schulung und Sensibilisierung für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durchzuführen
- Kontaktpersonen auszubilden, an die Frauen sich vertrauensvoll wenden können

- Die Beschäftigten dazu zu ermutigen, ihre Gewerkschaft je nachdem um Rat, Orientierung und Vertretung zu bitten.

Dieser 28. Kongress beschließt daher:

Die Menopause als eine Frage in den Vordergrund zu stellen, von der erwerbstätige Frauen betroffen sind;

Und ruft die Mitgliedsverbände dazu auf:

- Das Bewusstsein für die Menopause am Arbeitsplatz während der nächsten Kongressperiode aktiv zu fördern.
- Während der nächsten Kongressperiode aktiv darauf hinzuwirken, einen menopausebedingten Ausschluss von der Arbeit, vom Studium oder von der Gesellschaft zu verhindern.
- Ein Menopause-Bewusstsein in der Gesundheitsfürsorge zu fordern, um Fehldiagnosen und krankheitsbedingte Fehlzeiten zu vermeiden.
- Eine Menopause-Bewusstseinschulung für Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen zu entwickeln.
- Sicherzustellen, dass die Menopause als eine kollektive gewerkschaftliche Gesundheits- und Sicherheitsfrage am Arbeitsplatz wahrgenommen wird;
- Mit den Arbeitgebern im Rahmen von Kollektivverhandlungen Arbeitsplatzmaßnahmen auszuhandeln;
- Diese Arbeiten über Gewerkschaftsnetzwerke bekannt zu machen, um sicherzustellen, dass allen Gewerkschaftsmitgliedern Material zur Verfügung steht;
- Fortschritte in Bezug auf die Einführung von Maßnahmen mittels Sektor-Updates zu überprüfen.

01 Wiederherstellung der Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte in Myanmar

Dieser 28. Kongress verurteilt den Militärputsch vom 1. Februar 2021 in Myanmar und bringt seine Solidarität mit allen arbeitenden Menschen in Myanmar in ihrem mutigen Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie und der demokratischen Rechte zum Ausdruck.

Der Kongress lehnt die illegale und illegitime Militärregierung des Staatsverwaltungsrats (SAC) ab und verurteilt die für August 2023 geplanten betrügerischen Wahlen. Die IUL-Mitgliedsverbände müssen sich dafür einsetzen, dass alle demokratischen Regierungen die Wahlen ablehnen und sich weigern, Behauptungen zu akzeptieren, dass die Wahlen ein Zeichen des "Fortschritts" bei der Wiederherstellung der Demokratie sind. Die Sanktionen müssen aufrechterhalten werden, und der Druck auf die Militärjunta muss anhalten.

Der Kongress erkennt die Regierung der nationalen Einheit (NUG) als die legitime Regierung des Volkes von Myanmar an. Der Kongress bringt insbesondere sein Bekenntnis zur Unterstützung des Arbeitsministeriums der Regierung der nationalen Einheit (NUG-MOL) zum Ausdruck und ruft die IUL-Mitgliedsverbände dazu auf sicherzustellen, dass ihre demokratischen Regierungen eine bilaterale Zusammenarbeit mit NUG-MOL aufbauen, um dessen technische Fähigkeit zu stärken, die Einhaltung der Arbeitsnormen durchzusetzen und die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte zu schützen.

Der Kongress fordert eine Verschärfung der weitreichenden Sanktionen gegen alle Unternehmen, die in Myanmar investieren und mit Myanmar Handel treiben, insbesondere diejenigen mit direkten oder indirekten Verbindungen zu den militärischen und militäreigenen Unternehmen oder deren Kumpanen.

Der Kongress bringt seine Solidarität mit den inhaftierten Gewerkschaftsführern und -mitgliedern und denjenigen, denen Anklagen und Verhaftung drohen, zum Ausdruck. Der Kongress erklärt sich auch solidarisch mit den Führern der der IUL angeschlossenen Food Workers' Federation of Myanmar (FWFM) und Agriculture and Farmers Federation of Myanmar (AFFM), die ihren mutigen Kampf für die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte trotz der gegen sie erlassenen Haftbefehle fortsetzen. Die IUL-Mitgliedsverbände sind verpflichtet, FWFM und AFFM und alle unsere Mitglieder in Myanmar durch die IUL-Regionalorganisation Asien/Pazifik zu unterstützen.

Die IUL-Mitgliedsverbände werden aufgefordert, allen arbeitenden Menschen in Myanmar ihre uneingeschränkte Solidarität zu bekunden und diese Solidarität so lange aufrechtzuerhalten, bis Demokratie und Freiheit wiederhergestellt sind.

02 Frauenrechte in Afghanistan

Dieser 28. Kongress verurteilt die politische Unterdrückung und systematische Verletzung der Rechte von Frauen und Mädchen unter den Taliban in Afghanistan. Der Ausschluss von Frauen und Mädchen von der Schulbildung und der Ausschluss von Frauen von der Arbeit in Dutzenden von Berufen hat das Leben und die Lebensgrundlagen von Millionen von Frauen und Mädchen zerstört. Der Verlust des Zugangs zu Arbeit und Schulbildung droht Frauen zu verarmen und die Ungleichheit zu vertiefen. Der Verlust des Zugangs von Mädchen zur Schulbildung droht Alphabetisierung und Verständnis zu zerstören und könnte das Wohl und die Rechte von Frauen generationenlang untergraben.

Der Kongress begrüßt die Arbeit der IUL-Regionalorganisation Asien/Pazifik mit Journalistinnen in Afghanistan, um über weibliche Beschäftigte in den IUL-Sektoren und die großen Herausforderungen, vor denen sie jetzt stehen, zu berichten. Die IUL-Mitglieder können Lebensmittelarbeiterinnen sehen und hören, die erstmals seit der Machtübernahme der Taliban ihre Stimme erheben. Die Rolle des Teams von Journalistinnen bei der Übersetzung von Gewerkschaftsmaterial zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten in lokale Sprachen und die Weitergabe durch Tonaufnahmen ist ein wesentlicher Beitrag zur Bildung von Frauen.

Der Kongress bekräftigt sein Bekenntnis zur Unterstützung der Arbeit der IUL-Regionalorganisation Asien/Pazifik mit Journalistinnen in Afghanistan und zur Verbreitung der Berichte und Videos unter IUL-Mitgliedern. Dadurch wird unser Bekenntnis zur Unterstützung der Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten von Frauen und Mädchen und zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit für Frauen gestärkt.

03 LGBTI-Arbeitnehmer:innen und Verbündete

In der Erwägung, dass der 27. IUL-Kongress 2017 dafür stimmte, in den Mittelpunkt seiner Bemühungen um die Gleichstellung der LGBTI-Arbeitnehmer:innen [vier Entschlüsse](#) zu stellen:

- „seine Stimme, seine kollektive Macht und seine Ressourcen in den Dienst der Bewegung für volle LGBTI-Gleichstellung zu stellen“
- „die Mitglieder über die Bedeutung der LGBTI-Gleichstellung in unserem kollektiven Kampf für Gerechtigkeit am Arbeitsplatz aufzuklären“
- „den LGBTI-Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und ihren Verbündeten Möglichkeiten für Treffen zu verschaffen“
- „die Stimme gegen Ungerechtigkeit gegenüber LGBTI-Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu erheben“

In der Erwägung, dass wir im Verlauf der letzten Kongressperiode in bestimmten Teilen der Welt und in bestimmten Bereichen der Gewerkschaftsbewegung zwar Fortschritte erzielt haben, dass LGBTI-Arbeitnehmer:innen aber immer noch mit Ausschluss, schweren Rückschlägen in Bezug auf Diskriminierung und zunehmender Gewalt konfrontiert sind, einschließlich der Ermordung einer Trans-Frau, JBS-Fleischarbeiterin, Gewerkschaftsmitglied, junge schwarze Arbeiterin und afrikanische Migrantin nach Nordamerika, Zachee Imanitwitaho;

In der Erwägung, dass wir uns auch darüber im Klaren sind, dass LGBTI-Arbeitnehmer:innen sich einer komplexen Diskriminierungsdynamik gegenübersehen, bei der es nicht nur um ihre sexuelle Orientierung, ihre geschlechtliche Identität oder den Ausdruck ihrer Geschlechtlichkeit geht, verpflichtet sich die IUL dazu, Diskriminierung unter dem Aspekt der Intersektionalität zu bekämpfen, des Konzepts, dass soziale Identitäten wie Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Schicht, Rasse, Ethnizität, Behinderung und Staatsangehörigkeitsstatus offen und porös sind und sich gegenseitig überschneiden und verstärken können;

In Anbetracht dessen, dass der Ausschuss LGBTI-Arbeitnehmer:innen und Verbündete nach mehreren Jahren vielfältiger Diskussionen im Vollausschuss und in kleinen Gruppen ein Arbeitsprogramm angenommen hat, das auf vier tragenden Säulen beruht: Unternehmensarbeit, Ausbildung/Aufklärung, Politik/Lobbyarbeit und Aufbau von Koalitionen,

BESCHLIESST DER KONGRESS DAHER:

Dass die IUL ihre Stimme, ihre kollektive Macht und ihre personellen wie auch finanziellen Ressourcen weiterhin in den Dienst des Kampfes Bewegung für volle LGBTI-Gleichstellung für alle Arbeitnehmer:innen und ihre Familien stellt;

Dass die IUL eine regelmäßige Teilnahme aus jeder ihrer sechs Regionen im Ausschuss LGBTI-Arbeitnehmer:innen und Verbündete fördern und sich nach besten Kräften darum bemühen wird, eine Vertretung durch Mitglieder der LGBTI-Gemeinschaft sicherzustellen;

Dass die IUL im Rahmen ihrer internationalen Vereinbarungen mit transnationalen Konzernen Bestimmungen aushandeln wird, die LGBTI-Arbeitnehmer:innen ausdrücklich schützen und ihre Gleichstellung sicherstellen;

Dass die IUL auf jährlicher Basis Ausbildungen entwickeln und durchführen wird;

Dass die IUL in Zusammenarbeit mit ihren Regionen und Mitgliedsverbänden sich für eine Gesetzgebung, die LGBTI-Arbeitnehmer:innen vor Diskriminierung und Gewalt in der Arbeitswelt schützt, einsetzen und eine Gesetzgebung bekämpfen wird, die nachteilige Auswirkungen auf LGBTI-Arbeitnehmer:innen und ihre Familien hat;

Dass die IUL, zusammen mit ihren Regionen, aktiv Beziehungen mit LGBTI-Organisationen in aller Welt aufbauen wird, um unser Verständnis dieser Fragen zu erweitern, um ein vielschichtigeres Bild von den lokalen Herausforderungen für die LGBTI-Rechte und Qualität zu entwickeln und um die breitere LGBTI-Gemeinschaft über Arbeitnehmerrechte aufzuklären;

Dass wir als Gewerkschafter uns darüber im Klaren sind, dass *LGBTI-Rechte Menschenrechte sind* und dass *Eine Schädigung eines Einzelnen eine Schädigung aller ist*, und dass so gesehen der IUL-Ausschuss LGBTI-Arbeitnehmer:innen und Verbündete aktiv mit dem IUL-Frauenausschuss und dem IUL-Ausschuss für junge Arbeitnehmer:innen zusammenarbeiten wird, um einen intersektionellen Ansatz zu dem Kampf für die Rechte und die Gleichstellung aller Arbeitnehmer:innen zu entwickeln, ungeachtet ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer geschlechtlichen Identität, des Ausdrucks ihrer Geschlechtlichkeit, ihrer Schicht, ihrer Rasse, ihrer Ethnizität, ihrer Behinderung oder ihres Staatsangehörigkeitsstatus.

04 Die Zukunft der IUL – ein Mandat für einen Entwicklungsprozess 2023-2027

Dieser 28. Kongress

Erkennt an, dass die IUL während der vergangenen 100 Jahre die einigende Gewerkschaft für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Welt in der Lebensmittel-, Tabak-, Agrar- und Hotelindustrie und im Gaststättengewerbe gewesen ist;

Verweist auf die Auswirkungen von COVID-19 und von Kriegen und politischen Konflikten in aller Welt;

Ist sich dessen bewusst, dass die interne Demokratie der IUL und die gemeinsame Priorisierung von Aufgaben und Ressourcen durch den Umstand beeinflusst worden sind, dass physische Treffen nicht möglich waren und beispielsweise die Tagungen des SLC und der Exekutive der IUL virtuell stattfanden;

Stellt fest, dass die COVID-19-Pandemie auch gezeigt hat, dass Arbeitsplätze sowohl im Landwirtschafts- als auch im Tourismussektor der IUL betroffen waren. Die Fähigkeit der IUL-Mitgliedsorganisationen, ihre Mitglieder zu organisieren und zu halten, ist geschwächt worden;

Kommt zu dem Schluss, dass solche Herausforderungen in Zukunft gemeistert und gleichzeitig das politische Fundament und die Arbeitsmethoden der IUL während der Kongressperiode 2023-2027 einer Prüfung unterzogen werden sollten. Die interne und externe Kommunikation der IUL sollte ebenfalls einer Prüfung unterzogen werden.

Dieser Kongress:

Erteilt daher dem Ausschuss der IUL für strategische Führung ein Mandat, zusammen mit der Generalsekretärin der IUL eine Prüfung und eine Analyse auf den Weg zu bringen, wie eine stärkere IUL aufgebaut werden kann.

Die Prüfung und die Analyse müssen im Rahmen der folgenden Kernziele für die Gewerkschaftsbewegung durchgeführt werden:

- Arbeitnehmer:innen in Gewerkschaften organisieren und halten;
- Fähigkeit, zu verhandeln und Vereinbarungen zu schließen, die die Bezahlung, die Arbeitsbedingungen und den Zugang zur Ausbildung für organisierte Beschäftigte verbessern;
- Sichere und gesunde Arbeitsplätze;
- Ein entgegenkommender Arbeitsmarkt für junge Menschen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Immigranten sowie Gleichbehandlung auf der Grundlage des Geschlechts und der sexuellen Orientierung.

Auf Basis dieses Rahmens muss die IUL eine klare Vision und Prioritäten entwickeln, die die Organisation in die Lage versetzen werden, künftige Herausforderungen zu bewältigen und durch Organisieren, Verhandlungen, Kampagnen und Beeinflussung von Entscheidungen Gewerkschaftsstärke aufzubauen.

Der IUL-Exekutive müssen Fortschrittsberichte vorgelegt werden. Alle vorgeschlagenen Ergebnisse, die eine Änderung der IUL-Satzung oder einen Beschluss des Kongresses erfordern, werden auf dem 29. IUL-Kongress (2027) vorgelegt werden. Andere Änderungen können laufend von der Exekutive angenommen werden.

1. Die Prüfung sollte unter anderem Folgendes einschließen: Eine neue Vision/Mission für die IUL.
2. Eine neue Strategie.
3. Ein gemeinsames Aktionsprogramm für die Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Hotel- und Cateringsektoren der IUL.
4. Jährliche Initiativen auf der Grundlage des Gesamtaktionsplans der IUL mit Prioritäten für die Aufgaben des Sekretariats.
5. Jährliche Leistungsberichte.
6. Schaffung einer effektiven demokratischen Struktur, über die die gewählten Leitungsorgane der IUL (SLC und Exekutive) zusammen mit der Generalsekretärin die politischen Entscheidungen treffen und anschließend sicherstellen, dass die Entscheidungen priorisiert und umgesetzt werden.
7. Eine Überprüfung der demokratischen Struktur der IUL und der Zusammensetzung des SLC und der Exekutive. Die Überprüfung wird auch Sondergruppen, Branchengruppen und Ausschüsse einschließen (Artikel 13, 14, 15, 16 und 17). Zweck der Überprüfung ist es, auf dem IUL-Kongress im Jahr 2027 Vorschläge zur Zusammensetzung des SLC und der Exekutive vorzulegen, um zu garantieren, dass die beiden höchsten politischen Organe der IUL das höchstmögliche politische Mandat haben.
8. Es muss eine Kartierung des TNK-Netzwerks vorgenommen werden mit dem Schwerpunkt auf Stärken und Schwächen und Chancen für die Zukunft.
9. Solidarität und solidarische Projekte sind fester Bestandteil der Arbeit der IUL. Die IUL muss die Prozesse nutzen, die mit solidarischen Projekten geschaffen werden, um nationale Gewerkschaften aufzubauen.
10. Eine Untersuchung, ob eine Branchengruppe für den Lebensmittelverarbeitungs- und Getränkeherstellungssektor eingerichtet werden muss, und Berichterstattung an die Exekutive im Jahr 2024.
11. Eine Definition der Rolle der bestehenden Regionen in der IUL und ihres Platzes in den demokratischen Strukturen.
12. Eine Klärung, wer die Stakeholder der IUL (andere Partner als die Mitgliedsorganisationen) in und außerhalb Genfs sind und welche Interessen sie vertreten.
13. Eine Beurteilung, ob der Standort Genf der IUL in Bezug auf die Aufgaben und Prioritäten der IUL optimal ist.
14. Dem SLC/der Exekutive wird die Verantwortung für die Durchführung einer Überprüfung der IUL-Satzung übertragen, um notwendige Änderungen zu ermitteln, die dem 29. Kongress vorzulegen sind.

05 Junge Arbeitnehmer:innen

Wo es prekäre, geringbezahlte Arbeit gibt, gibt es junge Arbeitnehmer:innen. In den Sektoren, in denen die IUL und ihre Mitgliedsverbände aus unzähligen Gründen um eine gewerkschaftliche Organisation ringen mussten, wie in der Gastronomie und im Agrarsektor, findet sich ein größerer Anteil junger Arbeitnehmer:innen als in anderen Sektoren, wie in den Fertigungsindustrien.

Die IUL läuft Gefahr, eine ganze Generation zu verlieren, da die Wirtschaft sich verändert und traditionell gut organisierte Sektoren infolge der Automatisierung und Digitalisierung einen Rückgang der Zahl der Beschäftigten verzeichnen, während die Zahl der geringbezahlten Arbeitsplätze in der Gastronomie und anderen Teilen des Gastgewerbes zunimmt.

Diese Sektoren müssen jetzt, heute, unbedingt organisiert werden, um sicherzustellen, dass die IUL und ihre Mitgliedsverbände eine Zukunft haben; es geht um Leben und Tod der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Nicht nur müssen wir diese jungen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen organisieren und sie als Gewerkschaftsmitglieder rekrutieren, wir müssen auch sicherstellen, dass sie in der IUL und ihren Mitgliedsverbänden einen Platz haben. Junge Arbeitnehmer:innen sind nicht nur die Zukunft der IUL, sie sind auch deren Hier und Heute, und ihre Stimmen müssen Gehör finden.

Während die IUL und ihre Mitgliedsverbände sich stärker um die Organisation der sogenannten geringqualifizierten Sektoren bemühen müssen, die von jungen Beschäftigten dominiert werden, müssen auch Anstrengungen unternommen werden, um junge Arbeitnehmer:innen in qualifizierten Berufen zu organisieren. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass die IUL sich weiterhin darum bemüht, dass Berufsausbildung, Lehrlingsausbildung und dergleichen einen hohen Standard wahren, und diese Beschäftigten müssen sichere Arbeitsbedingungen haben, die frei von Ausbeutung sind.

Infolge der Klimakrise werden sich die Wirtschaft und die IUL-Sektoren verändern und umgestalten, und die IUL muss über die Organisierungsfähigkeit verfügen, um diese Veränderungen bewältigen zu können, damit ein Verlust an Gewerkschaftsstärke abgewendet werden kann.

Zu guter Letzt bedarf es eines intersektionellen Ansatzes, um die Organisation zu stärken, da die Beschäftigten in den von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dominierten Sektoren oft unter einer komplizierten Vielfalt von Unterdrückungen und Ausbeutung leiden. In den von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dominierten Industrien finden sich auch mehr Frauen, ethnische und religiöse Minderheiten, LGBTI und Arbeitnehmer:innen mit Behinderungen.

DAHER WIRD BESCHLOSSEN:

Dass die IUL zusammen mit ihren Regionen und Mitgliedsverbänden ihre aktive Unterstützung für Organisierungsbemühungen in Sektoren wie der Gastronomie und der Landwirtschaft, die von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dominiert werden, fortsetzt und ausweitet;

Dass die IUL zusammen mit ihren Regionen und Mitgliedsverbänden weiterhin Strategien zur Stärkung der Kollektivverhandlungen in von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dominierten Sektoren entwickelt;

Dass die IUL weiterhin Organisierungsstrategien in von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dominierten Sektoren erfasst, verbreitet und entwickelt;

14 / Vom 28. IUL-Kongress angenommene Entschlüsse und angenommene Dringlichkeitsentschlüsse

Dass die IUL sich weiterhin nach Kräften darum bemüht sicherzustellen, dass Arbeitnehmer:innen, die eine Berufsausbildung, eine Lehrlingsausbildung oder ein Praktikum absolvieren, in den Genuss einer hochwertigen Bildung und sicherer Arbeitsbedingungen kommen;

Dass die IUL weiterhin Strategien zur Lösung von Problemen entwickelt, von denen junge Arbeitnehmer:innen unverhältnismäßig stark betroffen sein werden, wie die Klimakrise, prekäre Arbeitsvereinbarungen und minderwertige Lehrlingsausbildung.

06 Stärkung der HRCT-Arbeit in Afrika

Da Afrika eine der Regionen mit einem starken Wirtschafts- und Tourismuswachstum während der letzten 20 Jahre ist, hat dies das Wachstum des kontinentalen Hotelmarkts allgemein gefördert, was wiederum Investoren von internationalen wie auch typisch afrikanischen Hotelketten dazu ermutigt hat, durch den Bau zahlreicher Hotels in verschiedenen Ländern des Kontinents in diesen Sektor zu investieren.

In der Erwägung, dass ein afrikanisches Land wie Nigeria, eine regionale Großmacht, auf der Liste der beliebtesten Destinationen einen Spitzenplatz einnimmt, wo rund sechzig Hotels geplant sind (mit etwas mehr als 10 000 Zimmern nach Prognosen einiger Beobachter aus dem Jahr 2017), ohne Senegal und Côte d'Ivoire zu vergessen, die nach wie vor die Destinationen sind, die für ein Engagement von Investoren und Hotelgruppen von großem Interesse sind;

In Anbetracht der Schwierigkeiten, mit denen die Beschäftigten dieser Hotels beim Zugang zu ihren Rechten auf Vereinigungsfreiheit, Organisation und Kollektivvereinbarungen konfrontiert sind;

In Anbetracht dessen, dass in einigen großen Hotelketten eklatante Fälle von Verstößen gegen diese Rechte zu verzeichnen sind, trotz der Dokumente zu ihrer sozialen Unternehmensverantwortung, in denen behauptet wird, dass sie die legitimen Vereinigungsrechte der Beschäftigten garantieren;

Beschließt dieser 28. Kongress:

- Bewährte Praktiken zu ermitteln, die als Beispiele dienen können, und diese mit den Mitgliedsverbänden zu teilen;
- Unternehmen mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen zu ermitteln, die im Hinblick auf eine gewerkschaftliche Organisation ins Visier genommen werden können, um Abhilfe zu schaffen;
- Sich dafür einzusetzen, dass Hotelbeschäftigte sich über globale politische und Arbeitnehmerorganisationen gegen schlechte Arbeitsbedingungen aussprechen;
- Unternehmen und Hoteleinrichtungen zu ermutigen, neue Politiken zu entwickeln, um physischen und psychischen Verletzungen von Beschäftigten vorzubeugen;
- Das Bewusstsein zu schärfen und die Beschäftigten über den Arbeitsschutz in Hotels aufzuklären;
- Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und den gewerkschaftlichen Aktivismus unter Hotel-Housekeeping-Kräften in Afrika zu erhöhen.

07 Arbeitsmigranten und die Verletzlichkeit von Opfern des Menschenhandels über das Mittelmeer

In der Erwägung, dass Afrika seit Jahrzehnten unter den Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Krisen, verschärft durch den Neokolonialismus, leidet und dass die Lage durch schlechte Regierungsführung und unfaire Handelsbedingungen sowie die Tatsache, dass Agrar- und Bergbauprodukte nicht verarbeitet werden, noch verschlimmert wird;

Ferner in der Erwägung, dass etliche Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu einer Zunahme der Verletzlichkeit und der sozialen Probleme führen, von denen die Bevölkerung des Kontinents betroffen ist;

In Anbetracht dessen, dass das Humankapital die wichtigste Ressource des Kontinents ist und dass unter diesen Umständen die Beschäftigungsmöglichkeiten weiterhin relativ schlecht oder knapp sind, was Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit eines großen Teils der Erwerbsbevölkerung zur Folge hat;

Unter Berücksichtigung dessen, dass der Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung, die arbeitslos ist, im Durchschnitt aller Länder in dieser Region zwischen 40% der Männer und 71% der Frauen und zwischen 46% in städtischen Gebieten und 59% in ländlichen Gebieten schwankt;

In dem Bewusstsein, dass die Ineffizienz der staatlichen Strukturen, falsche Wirtschaftspolitik, hohe Jugendarbeitslosigkeit und die geringe Hoffnung auf eine gute Lebensqualität zu der irregulären Migration von Arbeitskräften, insbesondere von jungen Menschen und Frauen, in verschiedene Zielgebiete, vor allem Europa, über das Mittelmeer beigetragen haben, was zu menschlichen Katastrophen führt;

In Anbetracht dessen, dass diese Situation junge Menschen, Frauen und Kinder dazu zwingt, selbst auf Kosten ihres Lebens zu versuchen, in andere Teile der afrikanischen Region, aber auch in arabische, europäische und amerikanische Länder abzuwandern, gleich ob es legal oder irregulär ist;

In Anbetracht dessen, dass es sich bei den meisten Migranten und Migrantinnen, gleich ob irreguläre oder legale, im Allgemeinen um junge Menschen in der Blüte ihres Lebens handelt, ist vorstellbar, dass ein großer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung die Region verlässt;

Unter Berücksichtigung des Kampfes und des Leids der Migranten auf ihrem Weg durch Afrika;

In Anbetracht dessen, dass ein großer Teil der Migranten während ihrer Inhaftierung oder auf der Durchreise Opfer von Diskriminierung, Folter, Ausbeutung und Fremdenfeindlichkeit ist, wie im Fall Libyens oder neuerdings in Tunesien;

Dieser 28. IUL-Kongress:

Fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, den Migrations- und Asylpakt zu stoppen, da er zu Rechtsverletzungen führt, einschließlich beschleunigter Grenzverfahren ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen, verstärktem Gebrauch von Inhaftierungen und unsicheren Rückführungen und eine wirklich inklusive Migrationspolitik anzunehmen. Reguläre und sichere Migrationskanäle sollten vorgesehen werden, um zu vermeiden, dass Menschen bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben riskieren;

Verlangt die Annahme von wirksamen Maßnahmen zur Unterstützung der Eingliederung von Migranten in den Zielländern. Diese umfassen diskriminierungsfreie Politiken neben Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu Arbeit, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum und Wegen zur Legalisierung der Situation von Arbeitskräften auf dem europäischen Territorium;

Fordert die Regierungen der Zielländer dazu auf, wirksame Maßnahmen anzuwenden, um sicherzustellen, dass alle Arbeitsmigranten, einschließlich derjenigen ohne Papiere, ihre Arbeitnehmerrechte geltend machen können, ohne eine Durchsetzung der Einwanderungsvorschriften und Abschiebung zu riskieren;

Fordert die Mitgliedstaaten, einschließlich derjenigen der EU, dazu auf, die Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer zu verstärken und die schutzbedürftigsten, aus Libyen kommenden Asylbewerber und Migranten umzusiedeln;

Verurteilt die fremdenfeindlichen und gefährlichen Aufrufe des tunesischen Präsidenten zu kriminellen Aktionen gegen subsaharische Arbeitskräfte in Tunesien und im gesamten Maghreb, ohne die Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu vergessen;

Fordert die Behörden dieser Länder dazu auf, die körperliche Unversehrtheit der Arbeitsmigranten und derjenigen auf der Durchreise zu wahren und ihre Familien und ihren Besitz zu schützen;

Fordert die Organisationen, die im Bereich des Schutzes der Menschenrechte tätig sind, sowie die Gewerkschaften in den betreffenden Ländern dazu auf, diese Arbeitskräfte und ihre Rechte zu schützen, da sie durch ihre Erwerbsbeteiligung zum Wohlstand dieser Länder beitragen.

08 Die Beseitigung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft

Dieser 28. Kongress:

Stellt fest, dass 71% der Kinderarbeit allein in der Landwirtschaft stattfinden und dass weltweit geschätzte 112 Millionen Kinder in landwirtschaftlichen Betrieben und auf Plantagen arbeiten;

Stellt mit Besorgnis fest, dass selbst vor der COVID-19-Pandemie sich die Fortschritte bei der Beseitigung der Kinderarbeit verlangsamt hatten und dass die von den UN-Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen zur Ergreifung unverzüglicher und wirksamer Maßnahmen, um das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit in allen ihren Formen bis 2025 sicherzustellen, ein Anspruch bleiben;

Stellt ferner fest, dass das Ausmaß der Kinderarbeit eine Folge der Armut der Eltern ist; wenn Eltern Hungerlöhne aus prekären Formen der Beschäftigung verdienen, können sie es sich nicht leisten, die Grundbedürfnisse ihrer Kinder zu befriedigen, darunter Ernährung und Schulbildung;

Bekräftigt erneut, dass die Hauptursachen der Armut vermeidbar sind und dass starke und effektive Gewerkschaften eine wesentliche Voraussetzung für die Beseitigung der Kinderarbeit sind, indem sie landwirtschaftliche Arbeitskräfte organisieren und sie diese durch Verhandlungen über bessere Arbeitsbedingungen und Löhne und den Zugang ihrer Kinder zur Schulbildung aus der Armut befreien.

Dieser 28. Kongress:

Fordert die Mitgliedsverbände daher auf, sich dazu zu verpflichten, bei ihrer Arbeit mit Regierungen, Unternehmen, die in der Landwirtschaft produzieren, und Unternehmen, die Erzeugnisse aus der Landwirtschaft beziehen, sowie mit internationalen Organisationen für das IUL-[Merkblatt mit Forderungen](#) zu werben und es zu verwenden, um Kinderarbeit in der Landwirtschaft zu beenden.

Ruft die Mitgliedsverbände dazu auf, die Regierungen zur Umsetzung des [Handlungsaufrufs](#) (auf Englisch) der 5. Weltkonferenz über die Beseitigung der Kinderarbeit (15.-20. Mai 2022, Durban, Südafrika), der einen Plan zur Bekämpfung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft umfasst, aufzufordern.

09 die Verhinderung und Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung in der Landwirtschaft

Bestürzt über jüngste Berichte von Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen und sexueller Belästigung auf Teeplantagen in Malawi und Kenia;

In Anbetracht dessen, dass in den meisten der aufgedeckten Fälle männliche Vorgesetzte ihre Machtstellung missbrauchten (z.B. Einstellungsbefugnisse, Aufgabenzuweisung) und sie diese dazu nutzten, um von Frauen sexuelle Gefälligkeiten zu verlangen und/oder um geschlechtsspezifische Gewalt oder sexuelle Übergriffe zu begehen, insbesondere gegen Frauen, die mit saisonalen (also prekären) Verträgen beschäftigt waren;

In der Erwägung, dass sexuelle Belästigung in IUL-Sektoren endemisch ist, insbesondere im Gastgewerbe und in der Landwirtschaft;

In Anbetracht dessen, dass geschlechtsspezifische Gewalt und Belästigung (GBVH) die reproduktive Gesundheit von Frauen unwiderruflich schädigen kann und dass Artikel 18 des IAO-Übereinkommens (Nr. 184) über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft vorschreibt, dass Maßnahmen zum Schutz der reproduktiven Gesundheit von Arbeitnehmerinnen in der Landwirtschaft zu treffen sind;

In der Erwägung, dass das Übereinkommen Nr. 184 der IAO einen Mechanismus vorsieht, um sichere Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu gewährleisten, einschließlich Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass die Arbeitsstätten vor GBVH sicher sind;

Erfreut über die Annahme des Übereinkommens (Nr. 190) und der Empfehlung (Nr. 206) der IAO über Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, die bis heute die umfassendsten internationalen Normen zur Verhinderung, Bekämpfung und Beseitigung von GBVH sind;

In Anerkennung der von der IUL geleisteten Arbeit im Hinblick auf die Aushandlung von Vereinbarungen mit Unternehmen und der von Mitgliedsverbänden, insbesondere Frauenausschüssen, geleisteten Arbeit zur Verhinderung und Beseitigung von sexueller Belästigung;

Dieser 28. IUL-Kongress:

- Beauftragt das Sekretariat, seine Bemühungen zu verstärken, um sexuelle Belästigung und andere Formen von GBVH zu beenden und prekäre Arbeit durch Zusammenarbeit mit Unternehmen und Regierungen anzugehen;
- Beauftragt das Sekretariat, weiter mit der IAO zusammenzuarbeiten, damit diese Organisation Regierungen, die darum ersuchen, technische Hilfe auf Plantagen und in landwirtschaftlichen Betrieben leistet;
- Beauftragt das Sekretariat, Mitgliedsverbänden, die einen entsprechenden Bedarf zum Ausdruck bringen, Instrumente zur Verfügung zu stellen, um die eigentlichen Ursachen von GBVH zu verstehen und um GBVH zu verhindern und zu beseitigen;
- Ruft die Mitgliedsverbände dazu auf, das Bewusstsein für die eigentlichen Ursachen von GBVH zu schärfen und GBVH zu beseitigen, einschließlich Arbeitsvorkehrungen/atypischer Arbeitsformen, die Frauen dafür anfällig machen, einschließlich Saisonarbeit;
- Ruft die Mitgliedsverbände dazu auf, sich bei den Regierungen für die Ratifizierung und Umsetzung des IAO-Übereinkommens Nr. 184 einzusetzen und die

Regierungen, die es ratifiziert haben, daran erinnern, ihren Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen (insbesondere Artikel 18) zum Schutz der Arbeitnehmerinnen in der Landwirtschaft nachzukommen.

- Ruft die Mitgliedsverbände dazu auf, sich bei den Regierungen für die Ratifizierung und Umsetzung des IAO-Übereinkommens Nr. 190 einzusetzen und parallel dazu Bestimmungen in Kollektivvereinbarungen oder Arbeitsplatzmaßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von GBVH auszuhandeln und GBVH in Arbeitsschutzmaßnahmen einzubeziehen;
- Ruft die Mitgliedsverbände ferner dazu auf, die IUL-Vereinbarungen bei Organisierungskampagnen zu verwenden und in Zusammenarbeit mit Unternehmen ihre Umsetzung auf lokaler Ebene auszuhandeln.

11 Kanadas Verstoß gegen das Übereinkommen (Nr. 98) der Internationalen Arbeitsorganisation über „das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949“

Dieser 28. Kongress,

In Anbetracht dessen, dass landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Kanada seit Langem von der Arbeitsgesetzgebung ausgeschlossen sind, nach der die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Organisations- und Kollektivverhandlungsrechte in einem Großteil dieses Sektors anzuerkennen,

Ferner in der Erwägung, dass Kanada im Jahr 2017 endlich das Übereinkommen (Nr. 98) der Internationalen Arbeitsorganisation über „das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949“ unterzeichnet hat, dennoch aber den landwirtschaftlichen Arbeitskräften in Kanada diese grundlegenden Arbeitnehmerrechte weiterhin verwehrt,

Der 28. Kongress beschließt daher:

Dass die IUL in Zusammenarbeit mit UFCW Kanada die Internationale Arbeitsorganisation auffordern wird, Kanada wegen seines Verstoßes gegen dieses Übereinkommen formell zu rügen, und verlangen wird, dass Kanada unverzüglich die grundlegenden Arbeitnehmerrechte auf alle landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ausdehnt.

12 Aufforderung an Fyffes, die Arbeitnehmerrechte einzuhalten

Dieser 28. Kongress,

In Anbetracht dessen, dass der Agrarlebensmittelriese Fyffes in Kanada Pilzfarmen erworben hat, Farmen, die auf eine große Anzahl von ausländischen Zeitarbeitskräften aus dem globalen Süden angewiesen sind, die völlig unannehmbaren Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt sind;

Ferner in Anbetracht dessen, dass viele dieser Arbeitskräfte laut Feststellung der Bundesbehörden Opfer von Verstößen seitens des Arbeitgebers sind;

In der Erwägung, dass viele dieser Migranten regelmäßig UFCW Kanada um Unterstützung ersuchen, dass landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Kanada aber von der allgemeinen Arbeitsgesetzgebung ausgeschlossen sind;

Auch unter Hinweis auf die erbärmlichen Arbeitsbedingungen auf den Melonenplantagen von Fyffes in Honduras;

Unter Hinweis darauf, dass Fyffes auf einem früheren IUL-Kongress wegen der missbräuchlichen Arbeitsbedingungen auf seinen Bananenplantagen in Belize kritisiert worden ist;

Eingedenk dessen, dass robuste öffentliche Kampagnen gegen transnationale Agrarlebensmittelkonzerne wie Fyffes für die Stärkung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte von entscheidender Bedeutung sind;

Dieser 28. Kongress beschließt daher,

- dass die IUL ein Fyffes-Gewerkschaftsnetzwerk (innerhalb der BGLA) einrichten wird, um gewerkschaftliche Macht in Fyffes und seinen Zuliefererplantagen und -betrieben aufzubauen, mit dem Ziel sicherzustellen, dass die Fyffes-Beschäftigten Zugang zu ihrem Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen haben und dieses ausüben können, um so den Weg für bessere Standards durch Kollektivverhandlungen zu ebnen;
- dass eine robuste öffentliche Kampagne gegen Fyffes notwendig sein wird, um Gewerkschaftsrechte und -anerkennung zu erlangen und sicherzustellen, dass Fyffes sich verpflichtet, die Grundrechte aller seiner Beschäftigten zu respektieren.

13 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die internationale Gewerkschaftssolidarität in dem Kampf um Frieden

Dieser 28. Kongress,

Unter Hinweis darauf, dass der von Putins militaristischem Regime ausgelöste Krieg seit mehr als einem Jahr tobt und Tausende von Opfern, Zerstörung und eine umfangreiche Migration innerhalb und außerhalb des Landes zur Folge gehabt hat;

Ferner unter Hinweis darauf, dass allein im ersten Jahr des Krieges nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 8000 Zivilisten getötet und mindestens 13 000 verletzt worden sind, darunter 487 getötete und 954 verletzte Kinder. Rund 90,3% der Todesfälle unter der Zivilbevölkerung wurden durch Sprengwaffen mit vielfältigen Wirkungen sowie Luftangriffe verursacht;

In Anbetracht dessen, dass rund 5 Millionen Menschen intern vertrieben wurden und 8 Millionen (20% der Bevölkerung) ins Ausland geflohen sind. Die Wirtschaft ist zu 35% zerstört worden, 30% des Territoriums müssen entmint werden, und rund 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche können nicht mehr für die landwirtschaftliche Produktion genutzt werden;

Unter Berücksichtigung dessen, dass fast 40% der Bevölkerung der Ukraine (17,6 Millionen Menschen) humanitäre Hilfe benötigen. Infolge der russischen Invasion wurden 143 600 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, und mehr als 15 000 Menschen, sowohl Zivilisten als auch Angehörige des Militärs, werden vermisst;

Ferner unter Berücksichtigung dessen, dass Gewerkschaftsmitglieder in IUL-Sektoren gezwungen sind, jeden Tag unter gefährlichen Bedingungen zu arbeiten und Nahrungsmittel zu produzieren und Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Armee zu erbringen;

Ferner unter Hinweis darauf, dass der Krieg Folgendes verursacht hat:

- Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt
- Folter und Misshandlung
- Schaffung von Bedrohungen für die Zivilbevölkerung
- Außergerichtliche Hinrichtungen
- Illegale Festnahmen, unmenschliche Behandlung und Zwangsvertreibung
- Inflation, zunehmende Ungleichheit und Arbeitsplatzverluste sowohl in der Ukraine als auch in europäischen Ländern
- Gefährdung der Ernährungssicherheit im Mittleren Osten, in Nordafrika und in etlichen anderen Ländern mit Ernährungsunsicherheit.

Dieser 28. Kongress:

Verurteilt die Führung von Putins Russland für den blutigen Krieg in der Ukraine;

Fordert die unverzügliche und vollständige Einstellung der militärischen Operationen in der Ukraine durch Russland und den bedingungslosen Abzug der Truppen aus den seit 2014 besetzten Gebieten;

Bekundet den IUL-Mitgliedsverbänden, den internationalen Freiwilligenzentren für humanitäre Hilfe für die Ukrainer und Ukrainerinnen und den Mitgliedern der Gewerkschaft der Agroindustriearbeiter der Ukraine seinen großen Respekt und seine tiefe Dankbarkeit und andere IUL-Mitgliedsorganisationen in der Ukraine;

Bekräftigt erneut seine anhaltende solidarische Unterstützung für den ukrainischen Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden;

Ruft alle IUL-Mitgliedsverbände und internationalen Institutionen dazu auf, die Anstrengungen zur Beendigung des Krieges und zur Sicherstellung eines dauerhaften Friedens in Europa und in aller Welt zu verstärken.

Ruft die TNKs in den IUL-Sektoren auf, ihre Aktivitäten in Russland einzustellen, bis der Krieg vollständig beendet ist und die Besatzungstruppen aus dem Gebiet der Ukraine abgezogen sind.

14 Zur Unterstützung demokratischer Gewerkschaften in Osteuropa und Zentralasien

Dieser 28. Kongress,

In der Erwägung, dass die COVID-19-Pandemie zu einer weiteren Aushöhlung demokratischer Rechte und Freiheiten, insbesondere des Rechts auf Vereinigungsfreiheit, in ganz Osteuropa und Zentralasien geführt hat und dass diese Aushöhlung durch Kriege und militärische Konflikte in der Region weiter verschärft worden ist;

Ferner unter Hinweis auf die zahlreichen Versuche staatlicher Behörden, sich in gewerkschaftliche Aktivitäten einzumischen, sowie die besonders destruktive Rolle, die staatliche und arbeitgeberkontrollierte Gewerkschaften gespielt haben, um Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an der Ausübung ihres Vereinigungsrechts zu hindern;

Eingedenk dessen, dass nur freie, vollkommen unabhängige und demokratische Gewerkschaften die Instrumente der Beschäftigten sind, um gemeinsam einen Wandel zum Besseren zu erreichen und eine sozial gerechte Gesellschaft zu schaffen;

Ferner eingedenk dessen, dass „der Weltfrieden auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann“ (Verfassung der IAO), was ohne demokratische Gewerkschaften nicht erreichbar ist;

Dieser 28. Kongress:

Verurteilt daher das harte Vorgehen gegen die unabhängigen Gewerkschaften in der Republik Belarus und die Inhaftierung ihrer Führer und Aktivisten.

Verurteilt den Rückzug der Staaten aus internationalen Verpflichtungen und die Kündigung internationaler Verträge und Übereinkommen sowie die Einschränkung der Rechte und Freiheiten von Beschäftigten und Gewerkschaften im Rahmen der innerstaatlichen Gesetzgebung.

Verpflichtet sich dazu, die Kämpfe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Osteuropa und Zentralasien für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in vollem Umfang zu unterstützen; die Zusammenarbeit mit Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen auszuweiten, indem Initiativen wie die Zentralasien-Überwachungsmission unterstützt werden; und sich Versuchen entgegenzustellen, die internationale Gewerkschaftsbewegung durch die Aufnahme von staatlichen Gewerkschaften in globale Gewerkschaftsbünde zu korrumpieren; den unabhängigen Gewerkschaften, die sich für die Vereinigungsfreiheit einsetzen, jede erdenkliche Unterstützung zukommen zu lassen; den unabhängigen Gewerkschaften, die sich für die Vereinigungsfreiheit einsetzen, jede erdenkliche Unterstützung zukommen zu lassen, um die Anerkennung und die Ausübung des Tarifverhandlungsrechts bei den multinationalen Unternehmen in der OEZA-Region zu erreichen.

um die Anerkennung zu erreichen und das Recht auf Tarifverhandlungen in den multinationalen Unternehmen der OEZA-Region auszuüben.

Bekräftigt die Verpflichtung, sich für die Verteidigung und Ausweitung der Menschenrechte der Beschäftigten, für die Ratifizierung und Umsetzung der internationalen Arbeitsnormen und vor allem für die Förderung der Vereinigungsfreiheit einzusetzen.

Fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung der inhaftierten Arbeiteraktivisten, die vollständige Rehabilitierung aller Arbeiter, die für ihren Mut, sich gegen die Repression in ihrem Kampf für Menschenwürde, Arbeitnehmerrechte und soziale

26 / Vom 28. IUL-Kongress angenommene Entschlüsse und angenommene
Dringlichkeitsentschlüsse

Gerechtigkeit zur Wehr zu setzen, zu Gefängnisstrafen verurteilt oder sonstwie bestraft worden sind, und wird unseren Kampf hierfür fortsetzen.

15 Aviäre Influenza („Vogelgrippe“)

Dieser 28. Kongress,

Nimmt mit ernster Besorgnis Kenntnis von den berufsbedingten Risiken für die Gesundheit und Sicherheit von landwirtschaftlichen und in der Geflügelverarbeitung beschäftigten Arbeitskräften infolge der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI);

Nimmt zur Kenntnis, dass der Ausbruch der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) vor drei Jahren zum Tod von Zigmillionen von Vögeln unmittelbar aufgrund der Infektion oder aufgrund der Keulung von Hausgeflügel, um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern, geführt hat;

Nimmt ferner zur Kenntnis, dass H5N1, ein gefährlicher Stamm des Virus, neben der Infizierung von Wild- und Hausvögeln auch Seehunde, Seelöwen, Delphine, Grizzlybären, Füchse, Frettchen und Nerze infiziert hat und dass die Gefahr eines Massenübergangs der Vogelgrippe auf die Menschen jetzt wahrscheinlicher ist. Bei Menschen ist H5N1 wie bei Vögeln tödlich;

Nimmt mit Bedauern Kenntnis vom Tod eines Kindes in Kambodscha am 23. Februar 2023 aufgrund des H5N1;

Billigt die [Entschlüsselung](#) über die alarmierende Zunahme von Tierkrankheiten, die im Jahr 2022 von der Konferenz der Branche Landwirtschaft angenommen wurde.

Dieser Kongress beschließt daher:

Dass die IUL und ihre Mitgliedsverbände mit Regierungen, Arbeitgebern und Regulierungsbehörden zusammenarbeiten werden, um die Risiken einer Exposition der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegenüber der Vogelgrippe durch die folgenden Maßnahmen auf ein Mindestmaß zu beschränken:

- Herausgabe klarer Leitlinien für Landwirte, landwirtschaftliche Arbeitskräfte und ihre Vertreter über die mit einer Exposition gegenüber der Vogelgrippe verbundenen Risiken und über den Umgang damit;
- Sicherstellen, dass Beschäftigte, die potenziell dem Risiko einer Infizierung mit dem Virus ausgesetzt sind, entsprechend geschult werden und Zugang zu der erforderlichen geschlechtersensiblen Schutzausrüstung haben;
- Unterstützung von Biosicherheitsmaßnahmen und sonstiger Mittel zur Verhinderung der Ausbreitung der Vogelgrippe;
- Einsatz für einen gerechten Übergang zu weniger intensiven und umweltfreundlicheren Anbaumethoden, der dazu beitragen wird, künftige Ausbrüche der Aviären Influenza zu verhindern.

16 Erringung von Gewerkschaftsrechten und eine nachhaltige globale Fisch- und Meeresfrüchteindustrie

Dieser 28. IUL-Kongress,

In Anbetracht des raschen Wachstums der Produktion und der Beschäftigung in der Fisch- und Meeresfrüchteindustrie sowie der immer wichtigeren Rolle von Fisch und Meeresfrüchten als Proteinquelle;

Besorgt über die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in einem Großteil des Fisch- und Meeresfrüchtesektors, darunter Sklaverei, Zwangsarbeit, Kinderarbeit, mangelhafter Arbeitsschutz und weit verbreitete Verweigerung von Gewerkschaftsrechten;

In Anbetracht dessen, dass die erschreckende Menschenrechtsbilanz des Sektors unmittelbar mit dem sehr niedrigen Grad der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitskräfte in allen Teilen der Fisch- und Meeresfrüchteproduktion zusammenhängt;

Begrüßt die Einrichtung der IUL-Fisch- und Meeresfrüchteabteilung in der Aquakultur, Fischerei und Fischverarbeitung;

Fordert daher das Sekretariat auf, dafür zu sorgen, dass die Fisch- und Meeresfrüchteabteilung für Beschäftigte in Aquakultur, Fischerei und Fischverarbeitung sich auf die gewerkschaftliche Organisation konzentriert in Anbetracht dessen, dass es keine nachhaltigen Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen geben wird, solange die Beschäftigten nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

17 Gesundheit und Sicherheit für Frauen und über die Beseitigung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt

In der Erwägung, dass Frauen als Arbeitnehmerinnen und Gewerkschafterinnen in der Arbeitswelt weiterhin Opfer von Gewalt sind und dass Gewalt und Belästigung über den Arbeitsplatz hinaus auch im Umfeld der Familie und der Gemeinschaft erfahren wird;

Ferner in der Erwägung, dass frauenspezifische Gesundheits- und Sicherheitsprobleme am Arbeitsplatz keine Beachtung finden, trotz des Vorhandenseins bestimmter entsprechender Rechtsinstrumente;

In dem Bedauern, dass frauenspezifische Gesundheits- und Sicherheitsprobleme am Arbeitsplatz nicht gebührend berücksichtigt werden und dass Frauen mit geschlechtsspezifischer Gewalt während bewaffneter Konflikte zu kämpfen haben und sie damit während der COVID-19-Pandemie zu kämpfen hatten;

Unter Hinweis darauf, dass in Anbetracht der grassierenden Gewalt alle Stakeholder (Regierungen, Wirtschaft und Gewerkschaften) das Vorhandensein eines Instruments nutzen müssen, das bei der Bekämpfung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt hilfreich sein kann, nämlich das IAO-Übereinkommen (Nr. 190) über Gewalt und Belästigung und die dazugehörige Empfehlung Nr. 206 neben nationalen Regelungsrahmen zur Bekämpfung von Gewalt und Belästigung;

In dem Bedauern, dass die Lage, mit der Frauen in der Welt konfrontiert sind, insbesondere in Ländern mit Sicherheitskrisen nach terroristischen Angriffen, vor allem Mali, Niger und Burkina Faso, und Stammeskriegen und in Gebieten, in denen kein Krieg herrscht, dramatisch ist;

Dieser 28. Kongress:

Fordert die IUL-Mitgliedsverbände dazu auf, an die internationale Gemeinschaft und an die Regierungen, die das IAO-Übereinkommen Nr. 190 nicht ratifiziert haben, zu appellieren, entschiedene Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen zu ergreifen;

Bittet die Mitgliedsverbände als Frauen und Gewerkschafterinnen dringend, unverzüglich Bestimmungen über die Verhinderung und Beseitigung von geschlechtsspezifischer Gewalt bei der Arbeit in Kollektivvereinbarungen oder einschlägigen arbeitspolitischen Maßnahmen auszuhandeln;

Fordert die Mitgliedsverbände dazu auf, durch Unterstützung von Frauenausschüssen und durch Netzwerke für Gewerkschaftsrechte Kampagnen auf den Weg zu bringen, um Lösungen zu finden und Gewalt gegen Frauen zu beseitigen;

Bittet die Mitgliedsverbände dringend, durch Sensibilisierung und Anwaltschaft dafür zu sorgen, dass frauenspezifischer Arbeitsschutz am Arbeitsplatz Wirklichkeit wird;

Bittet die Mitgliedsverbände dringend, das IUL-Handbuch zu frauenspezifischem Arbeitsschutz anzunehmen und davon weitestgehenden Gebrauch zu machen, um frauenspezifischen Arbeitsschutz am Arbeitsplatz zu berücksichtigen;

Ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, ihre Bemühungen um die Schaffung der Voraussetzungen für Frieden zu verdoppeln, damit Arbeitnehmerinnen ein menschenwürdiges Leben haben und in Frieden arbeiten können.

18 Belarus

Dieser 28. Kongress,

Verweist auf die von der IUL-Exekutive 2021 und 2022 angenommenen Entschlüsse zur Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaften in der Republik Belarus;

Verurteilt die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Belarus, den Belarussischen Kongress Unabhängiger Gewerkschaften (BKDP) und alle seine Mitgliedsverbände, einschließlich der der IUL angeschlossenen BNP (BITU auf Englisch), aufzulösen;

Verurteilt ferner die Festnahme und Inhaftierung von 35 Führern und Aktivisten unabhängiger Gewerkschaften, darunter Aliaksandr Yarashuk, Präsident des BKDP und ehemaliges Mitglied der IUL-Exekutive;

Fordert die sofortige Freilassung dieser Führer;

Verpflichtet sich zur Unterstützung der Vereinigung Solidarnast, die von im Exil lebenden belarussischen Gewerkschaftern gegründet worden ist mit dem Ziel, Solidaritätskampagnen zu organisieren, Gewerkschaftern und ihren Familien humanitäre Unterstützung zu leisten, Untersuchungen durchzuführen und Bildung zu vermitteln;

Ruft die Internationale Arbeitsorganisation dazu auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich Artikel 33 der Verfassung der IAO, zu nutzen, um Druck auf die Regierung von Belarus auszuüben, damit sie ihren Verpflichtungen zur Achtung der Gewerkschaftsrechte und der Vereinigungsfreiheit nachkommt.

19 Beendigung der Plastikverschmutzung

Der 28. IUL-Kongress,

Stellt mit Besorgnis fest, dass jedes Jahr 300 Millionen Tonnen Plastik hergestellt werden und Schätzungen zufolge nur 9% aller neuen Plastikprodukte wiederverwertet werden. Gemäß den UN werden sich bis 2050 12 Milliarden Tonnen Plastikmüll auf Deponien und in der Umwelt ansammeln. 8 Millionen Tonnen Plastikmüll landen jedes Jahr in den Ozeanen der Welt.

Besorgt darüber, dass Mikroplastikteilchen in der Luft enthalten sind und Flüsse, Meere und Ozeane verseuchen. Sie kontaminieren das Wasser, das wir trinken, und die Lebensmittel, die wir verzehren.

Der 28. IUL-Kongress, in Anbetracht dessen, dass die Plastikverschmutzung ein dringendes und globales Problem ist und eine globale Antwort erfordert,

Begrüßt die Vorschläge der Vereinten Nationen zur Entwicklung eines neuen Abkommens zur Reduzierung der Plastikverschmutzung und weist das Sekretariat an, die Arbeiten zu diesem Abkommen zu unterstützen.

Anerkennt, dass die EU mit ihrer Plastikstrategie das Ziel verfolgt, die Art und Weise, wie Plastikprodukte gestaltet, hergestellt, verwendet und wiederverwertet werden, zu ändern. Mehrere Rechtsvorschriften und Maßnahmen zum Einsatz von Plastik sind bestrebt, die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu schützen, indem die Abfälle im Meer, die Treibhausgasemissionen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert werden.

Fordert alle Regierungen **mit Nachdruck auf**, ihre Bemühungen um eine Lösung des Plastikmüllproblems zu verstärken und Plastikmüllsammmlung und -wiederverwertung als einen wesentlichen öffentlichen Dienst anzusehen, der das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt gewährleistet.

Fordert alle Unternehmen, die in ihren Produkten Plastik verwenden, **mit Nachdruck auf**, Pläne für die Sammlung and anschließende Wiederverwertung ihrer Produkte nach dem Gebrauch zu entwickeln. Solche Pläne müssen Hand in Hand gehen mit der Entwicklung jedes neuen plastikhaltigen Produkts, bevor es hergestellt und vermarktet wird.

Fordert alle Teile der Nahrungskette **mit Nachdruck auf**, die Suche nach Alternativen zur Verwendung von Plastik bei der Verpackung von Lebensmitteln und Getränken zu intensivieren.

Besteht darauf, dass der Weg zu nachhaltigen Lösungen weltweit über Maßnahmen des gerechten Übergangs führen muss.

Ruft die IUL-Mitgliedsverbände **dazu auf**, die Forderung nach Verringerung der Verwendung von Plastik und nach der Neugestaltung und Wiederverwendung von Plastik in ihre Verhandlungen mit den Arbeitgebern aufzunehmen und sich in Zusammenarbeit mit Verbündeten im Rahmen der Umweltbewegungen für ein Ende der Plastikverschmutzung einzusetzen.

Fordert mit Nachdruck eine Beschleunigung der Bekämpfung des Problems

20 Mitsprache, Sichtbarkeit, Validierung weiblicher Arbeitnehmer erreichen

Der 28. IUL-Kongress ehrt das Andenken und das enorme Lebenswerk von Schwester Ela R. Bhatt (Elaben), der Gründerin der Vereinigung selbstständig erwerbstätiger Frauen (SEWA) in Indien, die am 2. November 2022 verstorben ist.

Während ihres ganzen Lebens setzte sich Elaben für Gleichstellung und wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für Arbeitnehmer, insbesondere weibliche Arbeitnehmer, ein. Sie engagierte sich für die verletzlichsten Arbeitskräfte, nämlich die Frauen in der informellen Wirtschaft. Erreicht wurde dies durch den friedlichen, gewaltfreien Kampf für das Recht von Frauen, sich kollektiv vertreten zu lassen und auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung eingebunden zu werden.

Die Erlangung von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit für in der informellen Wirtschaft tätige Frauen bedeutete, dass Frauen sich in Gewerkschaften organisieren mussten. Nicht die Anwesenheit oder das Fehlen eines Arbeitgebers oder eines bestimmten Arbeitsplatzes definiert sie als Arbeitnehmerinnen, sondern die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen und kollektiv zu handeln. Durch diese gewerkschaftliche Organisation werden weibliche Arbeitnehmer vereint, was ihre Fähigkeit sicherstellt, kollektive Vertretung und kollektive Macht auszuüben.

Diese Lektion ist für uns heute immer noch wichtig, in einer Zeit, in der Millionen von jungen Arbeitskräften als selbstständig erwerbstätig eingestuft werden und Millionen in Entwicklungsländern immer noch in der informellen Wirtschaft tätig sind, die sich alle im Hinblick auf kollektive Vertretung und kollektive Macht zusammenschließen müssen. Sie benötigen Gewerkschaften und haben das Recht, Gewerkschaften zu bilden.

Fester Bestandteil der Vision von Elaben und der SEWA war die Strategie der Stärkung der gemeinsamen, kollektiven Verhandlungsmacht von ländlichen und landwirtschaftlichen Arbeitskräften durch den Zusammenschluss mit Klein- und Kleinstbauern sowohl in Gewerkschaften als auch in Genossenschaften. Diese kollektive Bewegung ist für die Erlangung wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit von entscheidender Bedeutung.

Der Kongress anerkennt die Bedeutung von Elabens starker Aussage, dass Frauen durch gewerkschaftliche Organisation "die unbedingt notwendige MITSPRACHE, SICHTBARKEIT und VALIDIERUNG erreichen können".

Als Mitgliedsverbände der IUL sind wir verpflichtet:

- den Rechten und Interessen weiblicher Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft in allen Ländern und Regionen größere Beachtung zu schenken und sie stärker zu unterstützen;
- weiblichen Arbeitnehmern in allen Arbeitsstätten in der formellen und informellen Wirtschaft und in unseren Gewerkschaften ein größeres Mitspracherecht bei Entscheidungsprozessen zu geben;
- eine größere Sichtbarkeit weiblicher Arbeitnehmer bei der Arbeit, in der Beschäftigung, bei der Einstellung und Beförderung, bei staatlichen Maßnahmen und Programmen, in Daten und Statistiken und in unseren Gewerkschaften sicherzustellen;
- die Validierung weiblicher Arbeitnehmer als Arbeitskräfte in der informellen Wirtschaft wie auch in formellen Sektoren aktiv zu unterstützen und ihren unverzichtbaren wirtschaftlichen und sozialen Beitrag anzuerkennen.

Dadurch ehren wir ihr Vermächtnis und ihren enormen Beitrag.

21 Sofortige Freilassung von Lee Cheuk-yan frei!

Am 30. Juni 2020 verabschiedete der Ständige Ausschuss des nationalen Volkskongresses (NPCSC) das nationale Sicherheitsgesetz von Hongkong, das noch am selben Abend in Kraft trat. Die Gesetze schränken die Freiheit und die politischen Rechte der Einwohner ein, einschließlich des Rechts, freie und unabhängige Gewerkschaften zu bilden.

Sobald die neuen Sicherheitsgesetze verabschiedet waren, wurden die führenden Vertreter des HKCTU inhaftiert. Zuerst wurde die Vorsitzende, Carol Ng, verhaftet. Dann eine Handvoll anderer Führungsmitglieder, einschließlich des Generalsekretärs, Lee Cheuk Yan. Außerdem wurden rund 50 Personen der Demokratiebewegung inhaftiert. Lee Cheuk Yan ist seit September 2021 im Gefängnis, und neue Anklagen stehen an. Sein einziges "Verbrechen" ist sein Eintreten für grundlegende Arbeitnehmer- und Menschenrechte.

Als unmittelbare Folge der neuen Sicherheitsgesetze war der HKCTU gezwungen, seine Aktivitäten zu beenden in dem Bemühen, das Überleben seiner Mitgliedsverbände sicherzustellen.

Die Verletzung der Freiheit und der Rechte derjenigen, die für Demokratie und Menschenrechte in China eintreten muss aufhören. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf freien Zusammenschluss ist universell und unverletzlich. Als Gewerkschafter setzen wir uns für unsere Kameraden und Kameradinnen ein, und als Zeichen internationaler Solidarität tun wir alles in unserer Macht Stehende, um ihren Kampf zu unterstützen.

Der IUL-Kongress fordert die sofortige Freilassung von Lee Cheuk-yan und anderer Inhaftierter, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, ein Ende sämtlicher Einschränkungen der freien Meinungsäußerung und des Vereinigungsrechts und ein Ende der Übergriffe gegen friedliche Protestierende und dass die internationale Gemeinschaft Chinas Vorgehen in Hongkong verurteilt und verlangt, dass die chinesischen Behörden die Arbeitnehmer- und Menschenrechte respektieren.

22 Gleichstellung der Geschlechter und Beschäftigung von Frauen in den IUL-Sektoren

In Anbetracht dessen, dass IUL-Mitgliedsverbände geringe Beteiligungs- und Vertretungsniveaus in Schlüsselpositionen der Gewerkschaften und eine geringe Beteiligung junger Arbeitnehmerinnen aufweisen. In der informellen Wirtschaft ist der Grad der gewerkschaftlichen Organisierung von Frauen gering. Manchen Gewerkschaften widerstrebt die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Die Beschäftigten in den IUL-Sektoren sind mit ständiger und unerbittlicher Arbeitsplatzunsicherheit und zunehmend prekären Formen der Beschäftigung konfrontiert, was die Arbeitnehmer- sowie die Gewerkschafts- und die Menschenrechte untergräbt.

Angesichts der hohen Arbeitslosenrate und der Dominanz der informellen Wirtschaft haben junge weibliche Arbeitnehmer keine andere Wahl, als prekäre, flexible oder befristete Verträge anzunehmen. Es bedarf eines nachhaltigen, produktiven Beschäftigungswachstums, um menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer zu schaffen, mit deren Hilfe Gesellschaften ihre Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung, guter Lebensstandards und des sozialen Fortschritts erreichen. Eine geschlechtersensible Beschäftigungspolitik ist ein wesentliches Mittel zur Verringerung der Armut. Weibliche Arbeitnehmer und Frauen allgemein sind am meisten von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen, was die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten verschärft und die Lohnlücke vergrößert hat. Die IUL-Mitgliedsverbände müssen proaktive Schritte unternehmen, um die Beschäftigung von Frauen zu fördern und zu schützen.

Unter Hinweis darauf, dass die Praxis der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Bezug auf Rechte, Vorteile, Pflichten und Chancen in jeder Organisation äußerst wichtig ist. In den meisten Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, war dies jedoch nicht der Fall. Die Gründe hierfür reichen von diskriminierenden sozioökonomischen Strukturen und Praktiken bis hin zu patriarchalischen und klassenbasierten und kulturellen Normen. Die globale COVID-19-Krise und ihre Auswirkungen verstärkten die bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und machten sie weniger sichtbar. Wenn wir keine Rückkehr zu der "Welt, wie sie war" wollen, müssen wir diese Ungleichheiten beenden, und die Frauen müssen Akteure dieser Veränderungen sein.

Dieser 28. Kongress verpflichtet sich:

- Zur Stärkung und Entwicklung von Unterstützung, um die Vertretung weiblicher Mitglieder in Gewerkschaftsstrukturen, in Führungspositionen und in Verhandlungsteams zu erhöhen. Die Gewerkschaften müssen sich wandeln. Frauen brauchen mehr Macht in Gewerkschaften, sonst ist jedes Gender-Programm zum Scheitern verurteilt. Gleichstellung bringt gewerkschaftliche Macht.
- Die Organisierung von Arbeitskräften der informellen Wirtschaft zu intensivieren, da in der informellen Wirtschaft unverhältnismäßig mehr Frauen tätig sind und die informelle Wirtschaft dramatisch zunimmt, vor allem in den letzten Jahren, und alle Strategien, die einen Übergang zur formellen Wirtschaft zum Ziel haben, sowie alle Strategien, die zur finanziellen Eigenständigkeit und zur Ermächtigung von Frauen beitragen, aktiv zu unterstützen.
- Die Beschäftigung von Frauen zu einem Gewerkschaftsanliegen zu machen und sie als vorrangige Frage auf die Gewerkschaftsagenda zu setzen, eine Gender-Kartierung durchzuführen, die Verträge von Gelegenheits- und ausgelagerten

Arbeitskräften in unbefristete Vollzeit-Verträge umzuwandeln, falls möglich, Fortschritte auf allen Ebenen in den IUL-Sektoren zu messen. Die Gewerkschaften sollten sich bei den Regierungen auch für eine fortschrittliche Gesetzgebung einsetzen, die Frauen den Zugang zur Beschäftigung sichert.

- Sicherzustellen, dass die Forderungen im Rahmen von Kollektivverhandlungen Gleichstellungsfragen einschließen.
- Frauennetzwerke in TNKs zu fördern, um die Verhandlungsmacht von Frauen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu stärken.
- Sich für eine universelle Abdeckung durch den Sozialschutz einzusetzen und die Aushandlung von Kinderbetreuungseinrichtungen am Arbeitsplatz zusätzlich zur Wahrung und Umsetzung des Mutterschutzes zu priorisieren.

23 Frieden und nukleare Abrüstung

Dieser 28. Kongress bringt tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der von der russischen Regierung und ihren staatlichen und privaten Streitkräften geführte Krieg gegen die Bevölkerung der Ukraine das Risiko eines Atomkriegs erhöht hat, was eine Gefahr für die Menschheit darstellt.

Der Einsatz von Atomwaffen würde Millionen Menschen das Leben kosten und eine radioaktive Kontamination der Atmosphäre verursachen, die die Vergiftung unseres Planeten und die Kontamination der Ernährungssysteme überall in der Welt zur Folge hätte.

Wir erinnern daran, dass die in der IUL-Satzung Artikel 1 d) dargelegten Grundsätze alle IUL-Mitgliedsverbände als die grundlegende fortschrittliche Kraft in der Gesellschaft dazu verpflichten, alle angemessenen Mittel einzusetzen, um Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Frieden zu erreichen.

Die dringende Notwendigkeit einer umfassenden nuklearen Abrüstung ist das zentrale Element dieses Engagements für Frieden und Sicherheit und das Wohl der arbeitenden Menschen überall in der Welt.

Wir müssen uns an die verheerenden und tragischen Verluste an Menschenleben erinnern, die der Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 zur Folge hatte.

Die nukleare Abschreckung beruht auf der im Grunde falschen Annahme, dass Staaten rational handeln und dass Entscheidungsträger fundierte, logische Entscheidungen treffen. Wir leben in einer Welt irrationaler, unlogischer politischer Führer, die gewillt sind, diesen Planeten in Gefahr zu bringen. Tatsache ist, dass ein einfacher Fehler oder eine einfache Fehlkommunikation leicht eskalieren und zu einer nuklearen Katastrophe führen könnte, wenn Atomwaffen verfügbar sind. Nur eine nukleare Abrüstung kann das verhindern.

Durch den Aufstieg rechtsextremer politischer Parteien und das Wiederaufleben des Faschismus wird diese Bedrohung der Menschheit erheblich verstärkt.

Das Wiederaufleben des Militarismus und eines extremen Nationalismus ist in vielen Teilen der Welt auch die treibende Kraft eines Rüstungswettlaufs, vor allem in der Region Asien-Pazifik, der zu einem neuen nuklearen Wettrüsten führen könnte.

Als Mitgliedsverbände der IUL sind wir dazu verpflichtet:

- Unsere Mitglieder über die Risiken, die Atomwaffen für die Menschheit und den Planeten darstellen, und die dringende Notwendigkeit einer nuklearen Abrüstung aufzuklären.
- Die Mitglieder zu mobilisieren, damit sie sich an Bewegungen für Frieden und nukleare Abrüstung in ihren Ländern und Regionen beteiligen und sie unterstützen.
- Dem Übergang zu extremen Formen des Nationalismus und der Unterstützung des Militarismus entgegenzutreten, der die nukleare Aufrüstung als Quelle des Nationalstolzes rechtfertigt, und stattdessen internationale Solidarität und Frieden zu fördern.
- Sicherzustellen, dass wir als Gewerkschaften Politiken und Programme fördern, die auf einem grundlegenden Verständnis beruhen, dass wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit Frieden und dass Frieden wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit erfordert.

24 Für die Zukunft der indigenen und First-Nation-Völker kämpfen

Der 28. Kongress erkennt an, dass die Geschichte des Imperialismus, des Kolonialismus, des Krieges und der Sklaverei indigene und First-Nation-Völker von ihrem Land vertrieben, ihre Kulturen und ihr traditionelles Wissen vernichtet, ihre Gesundheit und ihre Existenzgrundlagen zerstört und ihr Verhältnis zur Umwelt zerrissen hat.

Für viele indigene und First-Nation-Völker stellt diese Vertreibung von ihrem Land und die systematische Ausrottung ihrer Sprachen und ihres traditionellen Wissens einen kulturellen Völkermord dar.

In den letzten Jahrzehnten haben das nicht nachhaltige globale Ernährungssystem und ein unregulierter Öbertourismus zur weiteren Vertreibung und Ausbeutung von indigenen und First-Nation-Völkern beigetragen.

In vielen Teilen der Welt leiden indigene und First-Nation-Völker am meisten unter den Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels und einer sich verschlimmernden Klimakrise.

Es ist zwingend erforderlich, dass die IUL und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften in aller Welt ihre Verpflichtung zum Schutz der Rechte von indigenen und First-Nation-Völkern stärken und gegen Rassismus, Ethnismus und Diskriminierung in allen ihren Formen kämpfen, in der Gewerkschaft, am Arbeitsplatz, in den Industrien und in der Gesellschaft.

Die IUL-Mitgliedsverbände verpflichten sich zu gewerkschaftlicher Organisation, die indigene und First-Nation-Völker stärkt und ihnen durch unsere Gewerkschaften eine gewichtige Stimme am Arbeitsplatz, in den Industrien und in der Gesellschaft sichert.

Wir müssen sicherstellen, dass indigene und First-Nation-Gewerkschaftsmitglieder – insbesondere Frauen – in die Entscheidungsprozesse und in die Gewerkschaftsleitung aktiv eingebunden sind.

Als IUL-Mitgliedsverbände, die sich für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit einsetzen, müssen wir sicherstellen, dass alle Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Existenzgrundlagen und Sozialschutz indigene und First-Nation-Völker einschließen und dass indigene und First-Nation-Gewerkschaftsmitglieder selbst eine wichtige Rolle in der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung spielen.

Unsere Gewerkschaften müssen Forderungen nach Anerkennung der Rechte von indigenen und First-Nation-Völkern in unseren jeweiligen Ländern unterstützen, einschließlich der Rückgabe ihres Landes und ihres Erbes und der Wiedergewinnung ihrer Sprache und ihres traditionellen Wissens.

Die IUL-Mitgliedsverbände verpflichten sich dazu, der ökologischen und kulturellen Zerstörung und der Vertreibung von indigenen und First-Nation-Völkern durch eine nicht nachhaltige Lebensmittelindustrie, eine großflächige industrialisierte Landwirtschaft, eine groß angelegte gewerbliche Fischerei und den Öbertourismus Einhalt zu gebieten.

Die IUL-Mitgliedsverbände verpflichten sich dazu, die Rechte, Interessen und Existenzgrundlagen der indigenen und First-Nation-Arbeitskräfte, Bauern und Fischer und ihrer Gemeinschaften zu schützen und zu fördern und sicherzustellen, dass sie in alle Aspekte der gerechten Übergänge und der Klimagerechtigkeit einbezogen werden.

Wir erkennen an, dass indigene und First-Nation-Völker im Zentrum der nachhaltigen Ernährungssysteme, der nachhaltigen Fischerei und des nachhaltigen Tourismus der Zukunft stehen und sie deshalb auch im Zentrum des Kampfes für unsere gemeinsame Zukunft stehen müssen.

25 Stärkung der internationalen Solidarität der Gewerkschaften zur Eindämmung des globalen Rechtspopulismus und -militarismus

Dieser 28. IUL-Kongress, der vom 13. bis 16. Juni 2023 in Genf stattfindet

begrüßt das Panel und die daraus resultierende Erklärung der gemeinsamen Sitzung von EFFAT und IUL-Ausschuss für strategische Führung vom 9. März 2023

Unterstützt die Schlussfolgerungen, dass:

- Die extreme Rechte und die demokratische Gewerkschaftsbewegung sind zwei Bewegungen, die nicht weniger gemeinsam haben könnten;
- Die extreme Rechte und der Militarismus verkörpern das Schlimmste der europäischen und der globalen ideologischen Tradition: exklusiver nationalistischer Essenzialismus, Dogmatismus und politischer Autoritarismus auf Basis des Mythos rassischer Überlegenheit und homogener Nationen, gegründet auf eine Rasse oder Ethnizität;
- Die demokratische Gewerkschaftsbewegung dagegen steht für fortschrittliche Gesellschaften, vereinte arbeitende Menschen, ein besseres Leben für jeden auf der Grundlage der Kernwerte Demokratie, Frieden, Einheit, Pluralismus, Gleichheit und Solidarität durch soziale Vertretung und kollektive Antworten auf universelle Bedürfnisse;
- Militärregime und rechtsextreme politische Parteien nehmen speziell demokratische Gewerkschaften ins Visier wegen ihrer Fähigkeit, das kollektive Selbstvertrauen arbeitender Menschen aufzubauen, um handeln zu können. Dieses kollektive Selbstvertrauen arbeitender Menschen untermauert in der Tat die Fähigkeit der Gewerkschaften über Grenzen hinweg, an vorderster Front des Kampfes gegen die zunehmenden antidemokratischen Strömungen zu stehen. Als demokratische Gewerkschaften ist uns das gleiche Verantwortungsbewusstsein zu eigen für den Widerstand gegen eine Rückkehr von Autoritarismus und Militarismus, für die Überwindung der Spaltung der arbeitenden Menschen und für die Stärkung ihres Zusammenhalts, um die Demokratie zu verteidigen und den Frieden zu fördern;
- Der Aufstieg antidemokratischer Bewegungen, die die Gewerkschaften ins Visier nehmen, ist ein internationales Phänomen, von dem Europa und die Welt gleichermaßen betroffen sind. Beispiele hierfür sind:
 - a) Der Staatsstreich in Myanmar im Februar 2021 stellte die Militärherrschaft wieder her und zerstörte die Hoffnung auf demokratische Fortschritte, was die systematische Unterdrückung der Menschenrechte, bewaffnete Überfälle auf die Zivilbevölkerung und ein brutales Vorgehen gegen die Gewerkschaften und die Inhaftierung von Gewerkschaftern zur Folge hatte;
 - b) In Tunesien wurde Esther Lynch, die neu gewählte Generalsekretärin des EGB, wegen der Teilnahme an einem Protest gegen das harte Vorgehen gegen Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte des Landes verwiesen;
 - c) In Hong Kong hat die Unterdrückung demokratischer Rechte und Freiheiten aufgrund des Nationalen Sicherheitsgesetzes die Inhaftierung von Gewerkschaftern und die Zwangsauflösung demokratischer Gewerkschaftsorganisationen, einschließlich der HKCTU, zur Folge gehabt;

- d) In Belarus sehen sich die Gewerkschaften seit dem Ausbruch einer landesweiten prodemokratischen Protestbewegung im Gefolge der Präsidentschaftswahlen des Landes im Jahr 2020 zunehmendem Druck seitens des Regimes ausgesetzt;
- e) In mehreren Ländern hat der Aufstieg der extremen Rechten dazu geführt, dass die Errungenschaften weiblicher Arbeitnehmer zunichte gemacht worden sind, mit dem Abbau von Frauenrechten und zunehmender Geschlechterungleichheit in Verbindung mit größerer Gewalt gegen Frauen.;
- f) Die Zunahme des Militarismus und militärischer Konflikte bewirkt erhöhte Intoleranz und Gewalt gegenüber rassischen, ethnischen und religiösen Minderheiten, Arbeitsmigranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern; und Frauen sind in diesen Gruppen der stärksten Unterdrückung und Gewalt ausgesetzt;
- g) Gewalt gegen die LGBTQI+ - Werktätigen und -Gemeinschaft allgemein nimmt mit alarmierender Geschwindigkeit zu und gefährdet ihre Sicherheit in Osteuropa, Zentralasien, Afrika und darüber hinaus;
- h) Im Iran spiegelt sich die Brutalität der Regierungsbehörden in einer miserablen Bilanz der Menschenrechtsverletzungen und der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Werktätige, Aktivisten und Gewerkschaften.
 - Diese und viele weitere Attacken auf die Demokratie und die demokratischen Rechte erfordern die Aufmerksamkeit und Aktionen der demokratischen Gewerkschaften überall in der Welt. In diesem Kontext bündeln EFFAT und die IUL ihre Kräfte und koordinieren unser gemeinsames Vorgehen gegen das Wiederaufflammen der Attacken auf demokratische und Gewerkschaftsrechte weltweit.
 - Das Wiederaufleben von Militarismus und extremem Nationalismus treibt in einigen Teilen der Welt, insbesondere in der Asien-Pazifik-Region, ein Wettrüsten voran, das zu einem erneuten atomaren Wettrüsten führen könnte.

Gewerkschaften sind eigene Demokratien und ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaften. Unsere Geschichte der Verteidigung der Demokratie und der demokratischen Rechte wird die Blaupause für unsere künftigen Aktionen sein – und unsere Aktionen müssen globalen Ausmaßes und grenzüberschreitend sein, um das Selbstvertrauen der arbeitenden Menschen im Kampf für unsere gemeinsame Zukunft zu stärken.

Der 28. IUL-Kongress verpflichtet sich daher:

- Jede Gelegenheit zu ergreifen, um den Frieden zu fördern: Als Gewerkschaften müssen wir Solidarität aufbauen und ein kollektives Narrativ entwickeln, um der extremen Rechten und allen Formen von Gewalt, Intoleranz und Hass entgegenzutreten, die auf Rasse, Ethnizität, Sprache, sozialer Herkunft, Abstammung, Geschlecht, Alter oder Religion beruhen;
- Aktiv die derzeitige Lebenshaltungskosten-Krise, von der alle arbeitenden Menschen betroffen sind, zu bekämpfen und darauf zu reagieren und wirtschaftliche Gerechtigkeit wiederherzustellen: Armut und wirtschaftliche Angst sind ein Nährboden für antidemokratische und rechtsextreme populistische Ideen;
- Den Kampf in die Arbeitsstätten zu tragen: mit den Sozialpartnern zusammenzuarbeiten, um zusammen Vereinbarungen auszuhandeln, die die zunehmende Intoleranz, den wachsenden Rassismus und die zunehmende

Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Gemeinschaft und in unseren Gewerkschaften angehen;

- Sich dem globalen Gewerkschaftsnetzwerk um das MANIFEST des Internationalen Netzwerks antifaschistischer Gewerkschaften anzuschließen, um eine Antwort auf die extreme Rechte und den Militarismus aufzubauen;
- Sich gegebenenfalls mit anderen europäischen/internationalen prodemokratischen Bewegungen zu verbünden und zu Frieden und Abrüstung aufzurufen und unsere Mitglieder aufzuklären und zu mobilisieren, damit sie Frieden und Abrüstung besser verstehen und in diesen Bewegungen eine aktive Rolle spielen;
- Bildungs- und Schulungsprogramme mit den Mitgliedsverbänden zu Demokratie und demokratischen Rechten und Freiheiten zu entwickeln, einschließlich eines besseren Verständnisses der Geschichte der Diktatur, des Autoritarismus, des Faschismus und des Kolonialismus aus einer gewerkschaftlichen Perspektive;
- Das Thema sollte als ständiger Tagesordnungspunkt auf den Sitzungen der IUL-Exekutive behandelt werden.

Angenommene Dringlichkeitsentschlüsse

Dringliche Entschlüsse Nr. 1: Entschlüsse gegen faschistischen Angriff auf die XVI. Regionalkonferenz der REL-UITA

Am 10. Mai 2023 drang eine Gruppe Vandalen in bester faschistischer Manier in das Foyer des Hotels ein, in dem die XVI. Regionalkonferenz der Regionalorganisation für Lateinamerika abgehalten wurde.

Die Vorsitzenden von STILASP und FITIAESP griffen gemeinsam mit einem Trupp von Schlägern die Delegierten zur Konferenz tötlich an, zerstörten Unterlagen und Ausrüstung.

Der 28. IUL-Kongress beschließt:

- Verurteilt auf das Schärfste diesen unseligen Zwischenfall, der mit dem Gedanken und Geist der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun hat;
- Identifiziert und registriert die Angreifer, damit ihnen, gemeinsam mit den oben genannten Organisationen, die Teilnahme an allen IUL-Veranstaltungen untersagt wird.

Organisationen wie diesen dürfte die Mitgliedschaft bei der IUL niemals gestattet werden.

Dringliche Entschlüsse Nr. 2: Algerien

Der 28. IUL-Kongress,

Verurteilt die am 16. März erfolgte Verhaftung von Amine Felih (COSYFOP);

Verweist auf die anhaltende brutale Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaften in Algerien, insbesondere der SNATEG und SNAPAP und ihrer nationalen Dachverbände COSYFOP und CGATA;

Verurteilt die Änderungen am Arbeitsrecht, die die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und das Streikrecht einschränken, die willkürliche Auflösung unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen durch den Staat ermöglichen und die legitime gewerkschaftliche Aktivität kriminalisieren;

Fordert die Regierung von Algerien zur unverzüglichen und bedingungslosen Freilassung von Amine Felih und allen Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen auf, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten in Haft sind oder verfolgt werden;

Fordert die IUL und ihre Mitgliedsverbände zur Unterstützung der Kampagne für die unverzügliche und bedingungslose Freilassung dieser Gewerkschaftsvertreter auf.

Dringliche Entschlüsse Nr. 3: Angriff auf unabhängige Gewerkschaften in Kirgistan

Der 28. Kongress stellt fest, dass der Bürgermeister von Bischkek den staatlichen und kommunalen Unternehmen am 2. Mai 2023 die Anweisung erteilte, Informationen über Gewerkschaften, die Namen der Mitglieder und führenden Gewerkschaftsvertreter, ihre Telefonnummern und Mitgliedschaftsbeiträge zu sammeln. Das hatte zur Folge, dass die Arbeitgeber anfangen, die Beschäftigten zum Austritt aus den demokratischen Gewerkschaften zu drängen;

Stellt ferner die anhaltenden Angriffe der Regierung auf die Gewerkschaftsrechte fest; insbesondere die Versuche, Änderungen am Arbeitsrecht vorzunehmen, die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen grundlegende Gewerkschaftsrechte aberkennen und die gewerkschaftliche Demokratie einschränken würden.

Der Kongress:

Verurteilt daher die Maßnahmen der staatlichen Behörden in Kirgistan und fordert sie zur Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen auf, die grundlegenden Arbeits- und Menschenrechte zu achten.

Dringliche Entschlüsse Nr. 4: Dominikanische Republik

Im Juni 2023 setzte der Verfassungsgerichtshof der Dominikanischen Republik mittels amtlicher Mitteilung 35/23 den Beschluss 14-22 des Arbeitsministeriums außer Kraft, der eine der ersten und einzigen konkreten Maßnahmen seitens der dominikanischen Regierung darstellt, ihrer historischen sozialen Verpflichtung nachzukommen und 10 Jahre nach der Ratifizierung und anhaltenden Kämpfen der Gewerkschaften die Umsetzung des IAO-Übereinkommens Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte in die Wege zu leiten,

Der 28. IUL-Kongress beschließt:

- Verurteilt auf das Schärfste diesen unseligen Zustand, der die über 300.000 in diesem Sektor beschäftigten Arbeitnehmer, von denen die meisten Frauen sind, schutzlos lässt;
- Fordert die dominikanische Regierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Wege zu beschreiten, um diesen Beschäftigten zu ihren Rechtsansprüchen zu verhelfen und diese zu gewährleisten, und bekräftigt ein weiteres Mal seine Solidarität und Unterstützung für die gesamte dominikanische Gewerkschaftsbewegung und insbesondere für unseren Mitgliedsverband FENAMUTRA.